

Fehlende Milliarden.

**Ausgaben: 7231 Millionen — Einnahmen:
3887 Millionen.**

Wien, 25. August.

Diese Ziffern sagen dem Volke sehr viel. Sie lassen niemanden unberührt und keiner wird vor ihnen achlos bleiben können. Diese Zahlen werden die Lebensweise der Menschen durch Jahrzehnte bestimmen, sie zur Einfachheit zwingen, ihre Freiheit beschränken, ihre Arbeitsbedingungen ändern und ihre Abhängigkeit vom Staate vermehren. Ein strenges Zeitalter wird nach dem Frieden kommen, und so groß auch die Erholungsfähigkeit der heutigen Welt ist, wie schnell sie auch den größten Schwierigkeiten sich anpassen kann, die Kosten des Krieges fordern nahezu eine Verdoppelung der Einnahmen des Friedensbudgets, einen Zuwachs von Milliarden. Vermögen und Einkommen, Verbrauch und Verkehr, die Notdurft des Armen und der Luxus des Reichen, alles wird herangezogen werden müssen, um aus jeder Form des Besitzes und Ertrages die fehlenden Milliarden herauszubringen. Steuern in solcher Allgemeinheit und Höhe machen den Staat zum Gesellschafter jeder Unternehmung und liefern ihm den Zinsgroßchen vom dürftigsten Haushalte. Verschont kann niemand werden und rauh wird das Leben für jeden sein. Aber die riesigen Summen sind nicht zu beschaffen, ohne daß die Gesamtheit des Volkes leidet und ohne daß auch karge Genüsse geschmälert werden durch Abgaben auf Nahrungsmittel, auf Kohle, Petroleum und sogar auf Mehl und Brot. Denn die meisten Finanzverwaltungen prüfen die Möglichkeit, das Getreide in dem Augenblicke, in dem es nach dem Drusche die Scheune verläßt, zu monopolisieren, mit einem Aufschlage zu belegen, den Handel an einen bestimmten Preis zu binden oder ganz zu verstaatlichen. Der Bissen im Munde wird auch zu den fehlenden Milliarden beitragen, und bei solchen Vorstellungen wird einem bange im Herzen. Das Friedensbudget, an dem wir den beginnenden Niedergang der Finanzpolitik so lebhaft tabelten, das letzte Friedensjahr, gegen das so viel Widerspruch sich erhob, heute scheinen sie uns wie ein Paradies, das wir verloren haben und in das wir nicht mehr zurückkehren werden.

Die Ausgaben und die Einnahmen, von denen hier gesprochen wird, sind heute amtlich als Grundlage des Rechnungsabchlusses über das mit dem 30. Juni beendigte Finanzjahr veröffentlicht worden. Die Ziffern sind Vergangenheit, nicht Gegenwart und nicht Zukunft. Sie müssen, damit das Urteil sich nicht verirre, mannigfach eingeschränkt werden. Bei den Ausgaben sind wichtige Posten im Betrage von nicht viel weniger als zwei Milliarden auszuschneiden, weil sie mit dem Kriege aufhören und zur dauernden Belastung nicht gerechnet werden können. Das sind, um einige Beispiele anzuführen, die weit über anderthalb Milliarden hinausreichenden Unterhaltsbeiträge für die Familien der Soldaten, die Summen für den Wiederaufbau in den Kriegsgebieten und der Zuschuß aus öffentlichen Mitteln für billiges Fleisch. Dieses Erfordernis wird in den nächsten zwölf Monaten noch größer sein, sogar um eine Milliarde größer. Aber von dem künftigen Friedensbudget, von den bleibenden, nach dem Kriege fortwirkenden Notwendigkeiten können diese Zahlen ausgeschaltet werden. Die Einnahmen brauchen ebenfalls manche Richtigstellung.

Wir haben neue Steuern und Belastungen eingeführt, die jährlich dreiviertel Milliarden hätten abwerfen sollen. Aber im Kriege kann sich diese Hoffnung nicht erfüllen, weil der Staat selbst den Verbrauch einschränkt wie beim Bier und beim Branntwein. Wir können von den Ausgaben wegnehmen, was die Vernunft rechtfertigt, und zu den Einnahmen hinzufügen, was sich begründen läßt, das Ergebnis wird immer bleiben, daß der Abgang im nächsten Budget nicht sehr weit entfernt sein dürfte von zwei Milliarden. Der Staat hat im Frieden nach Deckung aller Betriebskosten eine Reineinnahme von ungefähr zwei Milliarden gehabt. Für zwei Milliarden fehlt jetzt die Bedeckung. Wir müssen die Einnahmen verdoppeln.

Ein gutes Stück dieser Mühsal spüren wir bereits. Dreiviertel Milliarden neuer Mittel hat sich die Finanzverwaltung aus dem Erbange, den Gebühren, dem Bahnverkehre, den Zuschlägen auf die direkten Steuern, aus den Verzehrungssteuern und aus der Gewinnsteuer bereits verschafft. Der Krieg dauert jedoch fort, die Zinsen steigen, und kommt der Friede nicht bald und muß auch für die nächste, für die siebente Kriegsanleihe in den regelmäßigen Einnahmen gesorgt werden, wird der Dienst für die Staatsschuld bald nicht viel weniger brauchen als zwei Milliarden. Die Verdoppelung sämtlicher Zuflüsse in die Kassen des Finanzministers aus Steuern, Monopolen und Betrieben wird nötig sein; das Volk wird diesem ehernen Zwange nicht entfliehen können. Wenn manche Posten nach dem Kriege verschwinden, kommen ernstere hinzu, wie die Erhaltung der Invaliden, aus denen schon jetzt, wenn sie dienstfähig wären, eine Armee gebildet werden könnte. Ein Bund der Völker soll gegründet und die Abrüstung im Friedensvertrage bedungen werden. Aber für die zerstörten Kanonen werden dennoch frische bestellt, die Ergänzung der Jahrbetriebsmittel ist unvermeidlich und die Entwertung des Geldes, eines der schlimmsten Uebel des Krieges, drängt zu weiteren Personalausgaben, die ohnehin lawinenmäßig anschwellen. Die Verdoppelung der Einnahmen, zwei Milliarden zur Bedeckung des Kriegserfordernisses werden vom Finanzminister angesprochen werden müssen.

Es muß bald geschehen. Wenn der Menschheit das Glück zuteil werden sollte, daß wieder Friede wird und die Arbeit sich freier entfalten kann, würde Oesterreich mit den stärksten Völkern in Wettbewerb um die Rohstoffe, um den Kredit, um den Handel kommen. Versäumnisse könnten an solchen schicksalsreichen Tagen sehr schädlich sein und nur der Staat wird Vertrauen in der Welt haben, der nachzuweisen vermag, daß seine Finanzpolitik von den Grundsätzen der strengsten Pflichterfüllung geleitet wird. Das Gleichgewicht im Budget wäre unsere Beglaubigung nach dem Kriege, wenn das Bedürfnis alle Völker zwingen wird, die erschöpften Vorräte zu ersetzen, die Rohstoffe einzuführen, die Maschinen auf den Frieden einzustellen und den Wohlstand wieder aufzubauen. Der Krieg vernichtet Kapital und neben den sozialen Gruppen, die sich bereichern, wird die Gesamtheit ärmer. Was er nicht zerstören kann, was bleiben, trösten und helfen wird, ist die Arbeitskraft. Sie wird uns wieder aufrichten; wer sie behält und noch steigert, darf auf eine glücklichere Zukunft hoffen. Aber die unbedingte Voraussetzung ist die Ordnung in den Finanzen, das Gleichgewicht im Staatshaushalte, das Vertrauen zu Hause und in der Fremde. Eine leichtfertige Gebarung wäre die Gefahr des Hungers auch nach dem Kriege in den Frieden hinein. Wir sind den Gläubigern diese Redlichkeit schuldig. Ein Finanzprogramm, das nicht einzelne Steuern herausgreift, sondern zu einer reifen, durchführbaren und nicht von Willkür verzerrten Steuerpolitik sich erhebt, muß vorgelegt werden. Wirtschaft, Horatio!